

Beschluss des Landrats vom 22.06.2023

Nr. 2256

12. Schlussbericht des Regierungsrats zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie 2022/615; Protokoll: mko

Zeitlich passend, kurz nach der 3. COVID-19-Abstimmung, darf Kommissionspräsident **Florian Spiegel** (SVP) nun im Landrat den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Schlussbericht der Regierung zur Pandemie vorstellen. Die GPK beschloss, anlässlich der Bearbeitung des Berichts der Regierung, die Arbeitsgruppe COVID-19 erneut zu reaktivieren; sie bestand aus Urs Roth, Thomas Eugster, Reto Tschudin und dem Sprecher. Es war dieselbe Arbeitsgruppe, die vor 2 Jahren bereits den Zwischenbericht des Regierungsrats behandelt hatte. Die herausgepickten Punkte betrafen die Soforthilfen, die Digitalisierung, die Anpassung der kantonalrechtlichen Grundlagen, die Pandemie-Vorhaltelager, die Sicherstellung der Kommunikation, die Alters- und Pflegeheime sowie die wissenschaftlichen Studienaufträge.

Zur finanziellen staatlichen Hilfe: Zu Beginn der Pandemie war es das Ziel, der Bevölkerung und der Wirtschaft Sicherheit zu geben und für Stabilität zu sorgen. Es brauchte dazu auch immer wieder Anpassungen, und nicht alles, das vom Bund kam, sorgte beim Kanton für Begeisterung. So musste sich auch die Kommission nochmals, angesichts an Soforthilfen, Überbrückungskrediten, Startup-Bürgschaften, Härtefallhilfen, Ausfallentschädigungen und arbeitsmarktlichen Unterstützungsmassnahmen, durch den Dschungel an Massnahmen und Paketen kämpfen. Dabei ist ebenfalls wichtig zu wissen, wer für das Controlling zuständig ist und wer die Kosten und Risiken übernehmen muss. Der Kommission war es wichtig, dass bei jenen Hilfen, bei denen der Kanton direkt zur Kasse gebeten wird, das Controlling funktioniert und es eine Übersicht über Zahlungsausfälle gibt. Mit Stand der letzten Gespräche mit dem Regierungsrat gab es für den Kanton bei Bürgerschaftsverträgen keine Ausfälle und er würde bei Verzug sofort informiert. Bei den Härtefallhilfen werden Nachkontrollen laufend geführt und der Kanton verfügte bereits Rückzahlungen in der Höhe von CHF 175'000.–. Man muss sich aber auch bewusst sein, dass die Nachkontrollen bis ins Jahr 2027 andauern werden.

Da der grösste Teil der Ausfallkosten beim Bund anfallen, wird sich dort deutlicher als hier abzeichnen, wie viel Gelder abgeschrieben werden müssen und was am Schluss die richtigen Massnahmen waren. Die Digitalisierung ist wie schon oft ein wichtiger Punkt in der Arbeit der Kommission und es war eindrücklich, wie viele Arbeitsschritte per sofort umgesetzt werden mussten – wenn man an die Homeoffice-Pflicht oder den Präsenzunterricht in den Schulen zurückdenkt. Die IT-Infrastrukturen wurden bei diesen Themen – wie dem Zugang via VPN, Erhöhung der Bandbreiten und Zugangskapazitäten – mehr als stark ausgebaut. Ebenfalls musste parallel dazu sichergestellt werden, dass es sichere Applikationen für die Anwendung gibt und der Datenschutz stets berücksichtigt wird. Was bleibt vom Ausbau? Mit Sicherheit bleibt der Webservice für die Publikation der Baugesuche, die digitalen Plattformen für den Austausch von Informationen beim Amt für Gesundheit und auch die Abbildung von lagerelevanten Daten inklusive der Beurteilung beim Kantonalen Führungsstab. Gesetzlich wurden Anpassungen gemacht beim Publikationsgesetz bzw. der Einführung des digitalen Amtsblatts und der Laufbahnverordnung. Ebenfalls blieben zum Teil die Möglichkeiten für die Nutzung des Homeoffice bzw. der Telearbeit.

Während der Pandemie hörte man auch immer wieder von verschiedenen Seiten, die Regierung würde die Pandemie dazu nützen, um Einfluss auf Gesetze zu nehmen und sie nachhaltig zu gestalten. Die GPK ging diesem kritischen Vorwurf nach und wollte überprüfen und wissen, was am Ende beim Kanton letztlich an Anpassungen übrigblieb, die nachhaltig Bestand haben. Dabei kann erstens genannt werden die «Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, EG KVG; Neuregelung der Kompetenzen zur Festlegung der Restfinanzie-

«Pflegerstationär», kurz gesagt die «Übergangsbestimmung betreffend Mehrkosten in der Pflege infolge der Covid-19-Epidemie». Das zweite Gesetz, das angepasst, aber per 30. Juni 2022 wieder aufgehoben wurde, betrifft die zeitliche Zulassung von Heizstrahlern ohne Bewilligungen. Mehr als diese beiden Grundlagen wurden in Folge von COVID-19 nicht angepasst.

Ebenfalls öfters diskutiert wurde das Vorhalthelager. Dabei wurde zu Beginn ein Mangel festgestellt. Für die GPK war es wichtig, wie das in Zukunft sich entwickelt, da man weiss, dass die nächste Katastrophe nicht identisch mit der vorhergehenden sein wird. Der Regierungsrat listete insgesamt 27 Gefährdungen auf, für die eine Vorsorgehaltung ausgeübt werden müssen. Der Regierungsrat möchte diese via externen Partner sicherstellen. Diese sind zum Teil noch im Gange. Die Kommission kann den Ausführungen des Regierungsrats folgen, dass – auch aufgrund des marktwirtschaftlichen Eingriffs – nicht sämtliche Vorsorgelager selber bewirtschaftet werden. Es ist ihr aber wichtig, dass der Regierungsrat diese Lager nicht nur extern delegiert, sondern dass er für die Einhaltung bzw. die Verfügbarkeit des Materials selber Sorge tragen muss und sich nicht nur auf Aussagen Dritter verlassen darf.

Die Sicherstellung Kommunikation im Bereich Schulen wurde ebenfalls öfters diskutiert, weil es am Anfang zwischen dem Amt für Volksschulen und dem Kantonsärztlichen Dienst zu Parallelkommunikationen kam. Es war der GPK wichtig aufzuzeigen, dass bei einem solchen Pandemieverlauf es wichtig ist, dass alle involvierten Partner wissen, wie der direkte Kommunikationsweg ist und wer wann verantwortlich für welche Aussagen und Weisungen ist.

Bei den Alters- und Pflegeheimen war der GPK wichtig, dass ergänzend zum Schlussbericht der Regierungsrat um eine schriftliche Stellungnahme zu einem Papier eines nationalen Expertengremiums mit Empfehlungen zur stationären Langzeitpflege in der Schweiz gebeten wurde, an dem der Kanton BL ebenfalls teilnahm. Dieser Teil ist umfangreich und komplex, weshalb hier verzichtet wird, auf Details einzugehen. Es macht nur Sinn, wenn man sich mit der Materie auseinandersetzt und den Bericht und die Fragen gelesen hat.

Auf die wissenschaftlichen Studienaufträgen muss hier ebenfalls nicht eingegangen werden, sie wurden im GPK-Bericht 2023/157 bereits behandelt und der Rat hat die Empfehlungen an den Regierungsrat überwiesen.

Die GPK zieht zum Schluss eine kurze, aber durchwegs positive Bilanz über die geleistete Arbeit während der COVID-19-Pandemie. Die Leistungen, welche während dieser ausserordentlichen Zeit von Seiten Regierung und Verwaltung erbracht wurden, gilt es zu würdigen. Das Leistungspotential, das zu Beginn der Pandemie abgerufen wurde, darf als beeindruckend vermerkt werden. Dies gilt für alle Direktionen inkl. der Schulen. Die Situation hat gezeigt, dass man in der Lage ist, während einer Krise das Bestmögliche zu erreichen. Dies gilt es als die wichtigste aller Erkenntnisse festzuhalten.

Zu den Feststellungen: 1. Die Kommission kann die Vorteile für die Mitarbeitenden, welche heute vermehrt im Homeoffice arbeiten, nachvollziehen, erwartet aber vom Regierungsrat, dass die Erreichbarkeit der Mitarbeitenden auch im Homeoffice gewährleistet ist und die Arbeitserledigung analog derjenigen vor Ort stattfindet.

2. Die Kommission nimmt Kenntnis davon, dass beim angedachten kantonalen Pandemielager auf externe Partner zurückgegriffen werden soll. Der Regierungsrat steht jedoch in der Verantwortung, die Verfügbarkeit des benötigten Materials mittels Kontrolle sicherzustellen.

3. Klare Kommunikationswege und Ansprechpartner sind wichtig, um Verunsicherung zu vermeiden (Bezug Amt für Volksschulen, Kantonsärztlicher Dienst).

4. Die Gesamtleistung der Verwaltung und des Regierungsrats während der COVID-19-Pandemie ist positiv hervorzuheben.

Die GPK hat keine Empfehlungen zum COVID-19-Bericht. Sie beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen Kenntnisnahme vom Schlussbericht des Regierungsrats zu den Lehren aus der Pandemie. Sie beschliesst auch einstimmig die Durchführung einer Eintretensdebatte, dies vor

dem Hintergrund, dass anlässlich des Zwischenberichts mit Verweis auf den Schlussbericht darauf verzichtet wurde.

– *Eintretensdebatte*

Urs Roth (SP) bedankt sich beim Kommissionspräsidenten Florian Spiegel für seine Berichterstattung und schliesst sich seinen Ausführungen gerne an. Der Votant war selber Mitglied der entsprechenden Subkommission der GPK. Drei Punkte möchte er hervorheben. Erster Punkt: Die COVID-19-Pandemie hat sich sehr lange hingezogen, sie war einschneidend und sie hat alle vor sehr grosse Herausforderungen gestellt. Der Mitteleinsatz zur Bewältigung dieser Pandemie war entsprechend hoch.

Gesamthaft gesehen ist die Schweiz im Vergleich gut durch die Krise gekommen. Durch verschiedene Studien und die Analyse der relevanten Kennzahlen lässt sich das inzwischen auch belegen. Dem positiven Fazit der GPK ist deshalb zuzustimmen, ebenso, dass in Baselland von allen Beteiligten (Krisenstab, Regierungsrat, Verwaltung und zahlreiche weitere Institutionen) ein ausserordentlich grosser Einsatz geleistet wurde und eine positive Bilanz bezogen auf die getroffenen Massnahmen und eingesetzten Mittel gezogen werden kann. Er schliesst sich deshalb dem Dank an die Behörden und Institutionen gerne an.

Zweiter Punkt: Dem Regierungsrat sei herzlich für den Schlussbericht gedankt, es ist ein guter Bericht, der die wichtigsten Punkte kompakt und sehr gut zusammenfasst. Es wird darin aufgezeigt, welche Massnahmen sich bewährt haben, wo Lücken oder Defizite bestanden haben, und wo ein Handlungsbedarf im Hinblick auf mögliche zukünftige Gefährdungen besteht. Florian Spiegel hat bereits auf wichtige Punkte hingewiesen, deshalb möchte er sein Votum nicht verlängern. Zum anderen sei allen, die ihn nicht gelesen haben, der Bericht des Regierungsrats ans Herz gelegt. Dritter und wichtigster Punkt: In der COVID-19-Pandemie haben alle sehen können, wie belastbar das Gesundheitswesen der Schweiz ist, und wie gross das Engagement der Menschen ist, die darin arbeiten. Diese Erkenntnisse sollten nun nicht vergessen gehen, denn dieses Leistungsvermögen unseres Gesundheitswesens ist und bleibt kein Selbstläufer. All den Menschen, die während der Pandemie-Phase in den Spitälern, den Alters- und Pflegeheimen, in den Spitex-Organisationen und in vielen weiteren Institutionen des Gesundheitswesens tätig gewesen sind, ist zu danken. Damit sollte es aber nicht getan sein. Wenn man die Zeitungsartikel des letzten halben Jahres liest, dass in Zukunft keine Spital-Businesspläne mehr aufgehen wird, sollte einem das Sorge bereiten. Man wird nicht darum herumkommen, auch in der Nach-Pandemiephase mit Mitteleinsatz im Gesundheitswesen sorgfältig, aber auch grosszügig, umzugehen. Denn in der nächsten Dekade wird aufgrund der demographischen Entwicklung aber auch aufgrund der Dinge, die während der Pandemie hervorgetreten sind, ein zusätzlicher grosser Mitteleinsatz im Gesundheitswesen nötig sein. Dafür braucht es einen politischen Grundkonsens. Bei der Gesundheit handelt es sich um das höchste Gut und es wird weitere Kostenanstiege im Gesundheitswesen benötigen. Politiker, die das verneinen oder verschweigen, handeln unverantwortlich und verkennen die Realitäten. Deshalb braucht es einen politischen Grundkonsens auch darüber, wie die künftige Finanzierung stattfinden soll. Einrichtungen des Gesundheitswesens werden sonst nicht darum herumkommen, Qualitätsminderungen herbeiführen zu müssen, was hoffentlich niemand möchte.

Der Votant hofft auf eine Unterstützung dieser Gedanken in der Legislaturperiode. Die SP-Fraktion wird der Beschlussfassung einstimmig zustimmen.

Reto Tschudin (SVP) dankt im Namen seiner Fraktion der Regierung wie auch allen Beteiligten in der Verwaltung für die Bewältigungsstrategie. Es hat sich gezeigt, dass insgesamt gut agiert wurde, auch wenn man im Nachhinein natürlich immer weiss, dass man das eine oder andere hätte anders machen können. Die Arbeitsgruppe hat sich mit dem Bericht befasst und diverse Fragen

dazu gestellt, besonders haben dabei die potentiellen finanziellen Ausfälle zu reden gegeben. Diesbezüglich gab es kurzfristig auch Unklarheiten, wie gross denn wirklich das Ausfallrisiko des Kantons Baselland sein bzw. bleiben könnte. Es zeigte sich aber in einem klärenden Gespräch – an der Stelle vielen Dank an Toni Lauber und seine Mannen, die die GPK begleitet hatte – dass der Kanton die Vorgaben des Bundes bei der Vergabe von Härtefallhilfen oder -Darlehen eingehalten hatte. Das Restrisiko, das in einem noch sehr massiven Umfang besteht, liegt beim Bund. Daher darf gesagt sein, dass eine gewisse Rest Nachlässigkeit festzustellen war und man erkennen muss, dass Bundesgelder vielleicht ein bisschen zu grosszügig à fonds perdu vergeben wurden. Dafür ist jedoch eine andere GPK zuständig, das soll ihr überlassen bleiben. Die GPK Baselland war mit den Antworten auf ihre Fragen zufrieden, was auch die SVP mit Zufriedenheit feststellt. Es bleibt ihr nur noch übrig, der GPK und der Arbeitsgruppe COVID-19 recht herzlich für ihre geleistete Arbeit zu danken – wobei sich der Sprecher selber ein bisschen auf die Schulter klopfen darf. Die SVP-Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Irene Wolf-Gasser (EVP) ist als erste Sprecherin nicht Teil der angesprochenen Arbeitsgruppe gewesen und kann sich deshalb auch nicht selber auf die Schulter klopfen. Sie darf aber dennoch ins gleiche Horn blasen – die Fraktion Grüne/EVP-Fraktion nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis. Eventuell kommt noch eine Bemerkung aus ihrer Reihe hinzu. Grundsätzlich aber herzlichen Dank an Florian Spiegel für seine Ausführungen, vor allem auch dem Gesundheitsdirektor und seiner Truppe für dessen gute Umschiffung der Pandemie. Der Kanton Baselland, so scheint es, hat ganz gut abgeschnitten. Was die Arbeitsgruppe festgestellt hat, war die Diskrepanz in der Kommunikation. Sie weiss, dass manchmal am Sonntagabend noch ein Mail rausgelassen werden musste, um zu informieren, was am Montagmorgen in der Schule zu laufen hat, ob die Schüler gehen oder zu Hause bleiben sollen, wer was macht und wer welche Weisung rausgibt – wobei hier das AVS mitgemischt hat, ebenso zum Teil der kantonsärztliche Dienst. Dabei wurde von der Arbeitsgruppe festgestellt, dass eine gewisse Zweigleisigkeit vorhanden war. Die Regierung hat das nicht unbedingt bestätigt. Als Fazit ist aber zu sagen, dass man dranbleiben möchte. Sollte wieder einmal eine ähnliche Situation eintreten, sollte dieser Punkt besser gehandhabt werden. Dies lässt sich als Lehre ziehen.

Thomas Eugster (FDP) sagt, dass seine Fraktion den GPK-Bericht zur Kenntnis nehmen wird, ebenso den Schlussbericht der Regierung. Den Feststellungen des Kommissionspräsidenten kann man sich vollumfänglich anschliessen. Nebst dem, dass die Pandemie von Regierung und Verwaltung gut gemeistert wurde, ist sehr gut sichtbar geworden, dass das Element der Geschwindigkeit der Reaktion wichtig war. Es ging auch im Bund schnell, aber noch schneller ging es in unserem Kanton. Dafür sei noch ein spezieller Dank ausgesprochen, denn es war gerade für Unternehmen matchentscheidend, dass sie schneller Klarheit hatten. Dies lief wirklich sehr gut. Im Bericht der GPK sieht man, dass die Ausfälle erstaunlich gering sind, wenn man sieht, welcher Missbrauch alles betrieben wurde. Ebenfalls sieht man im Bericht, dass bis 2027 sichergestellt wird, dass nichts unrechtmässig bezogen wurde – was der Bevölkerung stets ein wichtiges Anliegen ist. Feststellen lässt sich, dass der Mitteleinsatz auf Bundesebene, an dem man sich orientiert hatte, sehr hoch war. Er hätte vielleicht auch etwas tiefer sein können. Das war auch der Geschwindigkeit geschuldet, aber daraus lässt sich auch lernen. Noch einmal herzlichen Dank der Regierung und Verwaltung für die Pandemiebewältigung. Es sei allen empfohlen, den Bericht der Regierung zu lesen, wo sich sehen lässt, was die zusätzlichen Massnahmen gebracht haben – und was eben nicht.

Der Kanton Baselland kann Krise, sagt **Simon Oberbeck** (Die Mitte). Es war eine Jahrhundertkrise, die bewältigt werden musste. Der gesamten Regierung und der Verwaltung sei herzlich gedankt für die Parforce-Leistung. Die Krise dauerte fast ewig, so dass alle, vor allem die Regierung

und dort wieder besonders Thomas Weber, an eine Belastungsgrenze gelangten – und manchmal auch darüber hinaus. Herzlichen Dank dafür, auch persönlich. Denn in einer solchen Krise kann man nichts richtig, nichts falsch machen, es muss einfach irgendwie gehen. Insgesamt hat der Kanton auch gesamtschweizerisch eine gute Falle gemacht.

Der Bericht, so würde ein Basler sagen, ist sicher «rächt», meint **Christina Jeanneret-Gris** (FDP). Das heisst: Grosses Lob. Sie nimmt den Bericht anerkennend zur Kenntnis und dankt für die Arbeit. Und doch muss sie ein bisschen auch den *Advocatus diaboli* spielen und darauf hinweisen, dass etwas Entscheidendes gefehlt hat, nämlich der Fakt des Medikamentenengpasses. Es war dies übrigens einer ihrer ersten Vorstösse, noch vor der Pandemie, als sie bereits moniert hatte, dass es hier gewisse Medikamente nicht gibt. Als sie den Bericht las und das Wort «Medikament» in die Suchfunktion gab, gab es keine Treffer. Gar nichts. Sie kann sich erinnern an die Anfänge der Coronapandemie, als der IPS-Chef zu ihr kam und ihr sagte, er hätte genau für elf Tage noch Medikamente für seine intubierten Patienten, und er kann keine neuen intubieren, weil er nicht weiss, was danach kommt. Die Situation entschärfte sich anschliessend ein bisschen, man war darum besorgt, die Medikamente zentral zu verteilen. Trotzdem hätte sie gerne gehabt, wenn dies im Bericht irgendwo noch erwähnt worden wäre. Die Sprecherin wird dies somit als Zugabe erwähnen, und bittet zu bemerken, dass sich das Thema der Medikamentenengpässe seither trotz Pandemie akzentuiert hat. Vor einigen Tagen hat sie mit einer Apothekerin gesprochen, die ihre sagte, sie wisse kaum, wie sie Alternativpräparate bereitstellen sollte, insbesondere in der Pädiatrie. Das war jetzt vielleicht eine kleine Ausschweifung, aber es bleibt ein kleiner Tolggen im Reinheft des wunderbaren Berichts. Sie ist sich völlig bewusst, dass mit dem Beschreiben des Problems nichts gelöst ist. Wenn aber im Titel steht «Lehren aus der Pandemie», dann wäre das eine daraus gewesen.

Ehrlich gesagt findet es **Laura Grazioli** (Grüne) nicht so lustig, hier drinnen nochmals etwas zu Corona zu sagen. Aber nun gab es am Wochenende eine 3. Abstimmung über das Covid-Gesetz und einmal mehr hat eine deutliche Mehrheit von 60 % das Gesetz angenommen. Aber ein drittes Mal gab es auch eine deutliche Minderheit von immerhin 40 %, die das Gesetz abgelehnt hat und damit nicht einverstanden ist, auch nicht mit der Corona-Politik von Bund und Kantonen. Diese 40% sind hier in diesem Bericht und all den lobenden, schönen Worten nicht repräsentiert. Das ist nicht richtig. Und deshalb sagt sie kurz vor der wohlverdienten Sommerpause trotzdem nochmal etwas zum Thema.

Dass man vor drei oder auch zwei Jahren noch nicht alles wissen konnte und daher bestimmte Dinge vertrat und rechtfertigte, ist gut nachvollziehbar. Dass man aber jetzt, im Sommer 2023, immer noch behauptet, all die Massnahmen hätten Wunder gewirkt die Impfung sei ein «Game-Changer» (Zitat Regierungsrat) gewesen, findet die Votantin recht unglaublich. Sie hat nirgends ein Wort davon gelesen, dass Lockdowns gemäss diverser Evaluierungen in verschiedenen Ländern nichts brachten ausser einer unglaublichen Menge an Leid, insbesondere für die Schwächsten der Gesellschaft, nämlich die Alten, Vulnerablen und Kinder. Die, die man die ganze Zeit schützen wollte. Kein Wort davon, dass seit Anfang dieses Jahres eine grosse Metastudie gezeigt hat, dass Masken einen extrem geringen Beitrag zur Eindämmung des Virus leisteten. Kein Wort davon, dass die Spitäler keinerlei Übersicht dazu hatten, wer an oder mit Corona gestorben ist, sondern einfach alle PCR-positiv Getesteten als Corona-Tote gezählt wurden. Darüber haben sogar die Medien berichtet. Und auch keine einzige kritische Frage dazu, dass die Übersterblichkeit nicht zu Beginn von Corona hoch war, sondern erst nach Einführung der Impfung gestiegen ist. Laura Grazioli akzeptiert vollkommen, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Ob es umgekehrt auch so ist, ist sie sich nicht ganz sicher. Und was sie nicht akzeptieren kann, ist der Anschein, der hier drinnen grösstenteils immer noch gezeichnet wird, dass es bei diesem Thema nur eine einhellige Meinung gibt und es letztlich in dieser spezifischen Thematik ein Richtig und ein Falsch gibt.

Und dass im Grossen und Ganzen alles super und richtig gelaufen ist. Dabei wird vollkommen verkannt, dass es immer einen regen wissenschaftlichen Diskurs gab und es nie einfach nur ein Richtig und ein Falsch gab und geben kann. Die Great Barrington Declaration ist ein schönes Beispiel dafür, dass es schon am Anfang von Corona auch andere wissenschaftliche Meinungen gab und man diese zur Kenntnis nehmen konnte, wenn man denn wollte. Die Autoren der Great Barrington Declaration, alles renommierte Wissenschaftler und Ärzte, schrieben bereits im Oktober 2020: «Glücklicherweise wachsen unsere Erkenntnisse über das Virus. Wir wissen, dass die Gefahr, durch COVID-19 zu sterben, bei alten und gebrechlichen Menschen mehr als tausendmal höher ist als bei jungen Menschen. Tatsächlich ist COVID-19 für Kinder weniger gefährlich als viele andere Leiden, einschliesslich der Influenza.» Die Wissenschaftler sprachen sich für eine Strategie des gezielten Schutzes aus und forderten, dass all jene, die nicht vulnerabel und nicht schutzbedürftig sind, sofort wieder ein normales Leben führen dürfen sollten. Diese Ratschläge wurden natürlich nicht befolgt und stattdessen wurden weitere Massnahmen zum Teil im Wochentakt erlassen, die allesamt für die Eindämmung des Virus letztlich nur eine sehr bedingte Wirkung hatten, wenn überhaupt. Und stattdessen dies jetzt ehrlich aufgearbeitet wird, redet man einfach alles, zumindest ein Stück weit, schön.

Besonders nachdenklich stimmt sie am Ganzen, dass die zugrundeliegenden politischen und gesellschaftlichen Mechanismen mit keinem einzigen Wort angesprochen werden. Die Maschinenbauer kennen die Grundsätze der dreistufigen Risikominimierung (aus der Norm ISO 12100). Es gibt viele weitere Bereiche des wirtschaftlichen Lebens, in denen diese bewährten Grundsätze gelten, die in der nachfolgenden Reihenfolge lauten: 1. Gefahren vermeiden oder zumindest begrenzen (und dazu gehört eine saubere, ernsthafte Risikoanalyse), 2. Schutzmassnahmen festlegen und treffen, 3. Vorsichtsmassnahmen festlegen und bekanntmachen.

Im Zuge von Corona wurde im Namen der öffentlichen Gesundheit normalisiert, dass die Reihenfolge dieser Sicherheitsgrundsätze auf den Kopf gestellt wird. Seit Anfang 2020 geht es nicht mehr darum, als allererstes eine Risikoanalyse und eine Risikobeurteilung zu machen und dann, eben wie die Great Barrington Declaration dies fordert, gezielte Schutzmassnahmen zu ergreifen. Stattdessen sind seit Anfang 2020 völlig undifferenziert nach Betroffenheit der Bevölkerungsgruppen allgemeine, flächendeckende Schutz- und Vorsichtsmassnahmen erlassen worden. Und dabei fand keine ernsthafte Güterabwägung mehr statt zwischen dem Zweck der Massnahmen – in diesem Fall dem Schutz der Vulnerablen Personen – und den Konsequenzen der Massnahmen selbst, sprich den gesellschaftlichen, gesundheitlichen, volkswirtschaftlichen Folgen der Massnahmen, welche gigantisch waren.

Eine ehrliche Aufarbeitung würde, zumindest im Nachhinein, eine solche Güterabwägung vornehmen. Und dies vermisst Laura Grazioli gänzlich in diesem Bericht, den sie ablehnend zur Kenntnis nehmen wird.

Andi Trüssel (SVP) hat jetzt vieles gehört, möchte aber daran erinnern, dass die Flugebene hier die Kantons- und nicht die Bundesebene ist. Es wurde lobend erwähnt, dass in Baselland sehr schnell entschieden wurde. Es gab hier zum Glück drei Oberste an den Schaltstellen – da kann man noch so sehr über die Armee fluchen: Toni Lauber ist Oberst, Thomas Weber ist Oberst im Generalstab, Patrick Reiniger, Chef des Amtes für Bevölkerungsschutz, ist ebenfalls Oberst im Generalstab. Die wissen, wie die Prozesse laufen. Patrick Reiniger macht im Jahr drei bis vier Übungen, in denen trainiert wird, bis man die Prozessabläufe kennt. Und das fehlt in Bundesbern hinten und vorne. Deshalb machten sie dort auch einen Kaltstart, als sie sagten, die Masken nützen nichts. Sie hätten lieber zugegeben, dass es keine Masken gibt, man sich aber alle Mühe gibt, um sie zu beschaffen. Deshalb soll den drei Herren, und allen im den Stäben, ein Kränzchen gewunden und gedankt werden dafür, dass man in Baselland deutlich schneller war als in Bern.

Markus Dudler (Die Mitte) wird nun vermutlich zum letzten Mal in diesem Saal das Wort ergreifen. In der Vergangenheit und bis jetzt wird das Homeoffice hochgelobt. Bis jetzt weiss er aber nicht, wie die verschiedenen Arbeitgeber die Fürsorgepflicht gegenüber den Arbeitnehmern sicherstellen können, z. B. bezüglich Ergonomie am Arbeitsplatz oder der psychischen Gesundheit. Er hat Angst, dass in 10 Jahren die Spätschäden davon ausgebadet werden müssen. Es ist zu hoffen, dass die Entwicklung gut beobachtet wird.

Pascale Meschberger (SP) hat als Ärztin, wie auch Christina Jeanneret, gesehen, was in dieser Zeit gegangen ist. Dagegen kann man Studien bringen wie man möchte. Es gibt sicher noch vieles aufzuarbeiten, auch medizinisch weiss man noch nicht viel. Nur weil man eine andere Meinung hat, muss diese nicht richtig sein. Man kann klar sagen, dass es nicht nur eine Krise war, sondern eigentlich eine Katastrophensituation, die über mehrere Jahre dauerte. In einer Katastrophe geht es primär darum, so viele Menschenleben zu retten wie möglich. Das hat man versucht und ihr scheint, dass man es auch erreicht hat, auch dank der Impfung. Diese war nicht so, wie man sich das erhofft hatte, aber sie hat das Spiel ganz eindeutig geändert. Als es die Impfung gab, sah man die schrecklichen Fälle nicht mehr, oder nur noch ganz vereinzelt. Es ist dafür zu danken, dass das Beste unternommen wurde, was man im Kanton tun konnte. Für ihren Geschmack hätte man manchmal noch vorsichtiger sein können. Wenn man das macht, geht es um das nackte Überleben, und es kennen alle Fälle, die die Krise überlebt haben und denen es heute nicht gut geht. Es ist klar, dass es keine einfache Situation war und andere Schaden daran genommen haben. Es ging aber darum, Menschenleben zu retten.

Kommissionspräsident **Florian Spiegel** (SVP) möchte sich zum Schluss noch bei seinen Kommissionsmitgliedern bedanken. Wie die meisten wissen, gibt er das GPK-Präsidium auf den 30. Juni ab. Die letzten drei Jahre waren sehr intensiv und spannend. Es war zum Teil sehr zeitaufwändig, es brachte ihm persönlich aber auch sehr viel, insbesondere in der Zusammenarbeit mit den anderen. Auch wenn die Kommissionsberichte verhältnismässig nüchtern daherkommen, fanden auf dem Weg zu ihrer Entstehung zum Teil sehr intensive Diskussionen statt, auch mit den Regierungsrätinnen und den Regierungsräten, wobei man gemerkt hatte, dass die Meinungen doch unterschiedlich sind. Das ist aber auch völlig in Ordnung und gut, denn die Regierung hat eine andere Aufgabe als die Legislative. Es ist zu hoffen und er ist davon überzeugt, dass die GPK dies auch in der nächsten Legislatur beibehalten wird.

An dieser Stelle sei auch Benedikt Wirthlin und Monika Frey, die das Sekretariat der GPK wirklich ausgezeichnet führen, ganz herzlich gedankt.

Eine Replik auf die bisherigen Voten: Es ist absolut richtig, dass im politischen Diskurs jeder seine Meinung äussern darf, egal welche Seite er vertritt. Diese Meinung, egal wie unangenehm sie für jeden Einzelnen in dem Moment sein mag, muss respektiert und anerkannt werden. Wenn er nun abschliessend noch einen Wunsch äussern darf, und das wäre sein grösster: Dass die Folgen und Schäden, die gesellschaftspolitisch als Risse in der Gesellschaft geblieben sind, in Zukunft wieder gekittet werden mögen. Denn das ist das, was einen ausmacht und weiterbringt.

Seinen Kommissionskameraden herzlichen Dank für die Arbeit. Jetzt ist er fertig. *[Applaus]*

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) nimmt im Namen der Gesamregierung kurz Stellung, denn sowohl der Bericht als auch die Krisenbewältigung war ein Gemeinschaftswerk. Man muss eines sehen: Man befand sich effektiv nicht in einer Krisenvorsorge, wo es beliebig Planungsmöglichkeiten gibt und man in allen Zyklen nach ISO 12100 vorgehen kann und muss, sondern man befand sich in einer Krisenbewältigung. Man wurde in ganz, ganz kurzer Zeit mit Thematiken überrollt, die man zum Teil geübt hatte, die man in dieser Schärfe aber nicht sehen konnte. Zum Glück konnte man sich dabei auf das kantonale Führungsorgan stützen, den Kantonalen Krisenstab (heute Teilstab Pandemie des kantonalen Führungsstabs), der seit 1986 – seit Schweizerhalle – etabliert ist

und verschiedenste Szenarien im Verkehrsbereich, im Sicherheitsbereich und im Gesundheitsbereich durchexerziert, um dann im Krisenfall zusammenzuarbeiten. Dort waren Mitarbeitende aus der gesamten Verwaltung, aus fast allen Dienststellen, dabei. Es gab auch externe Unterstützung, die Spitäler, die Ärztesgesellschaft und weitere. Und man muss, das darf man nie vergessen, in der Krisensituation schnell entscheiden, auf Basis der Informationen, die dann vorliegen, und nicht mutmasslich zwei Jahre später. Der Bericht wurde am 8.12.2022 publiziert und fasst das zusammen, was vorher bekannt war, wurde aber erstellt mit einem Datenstand vom zweiten Quartal 2022. Er heisst zwar Schlussbericht, aber es wäre gut, man würde einen solchen Bericht auch auf Ebene Bund lesen können, mit einem Kenntnisstand von Anfang 2023.

Keine Aussage in diesem Bericht ist fix. Jede Hypothese, jede wissenschaftliche Aussage, ist nur dann eine, wenn sie sich falsifizieren lässt. Sobald es heisst «science is settled», egal in welchem Bereich, ist man nicht mehr im Wissenschafts- sondern im dogmatischen Bereich. Es ist ganz wichtig, dass man bereit dazu ist, Inhalte auch mit dem Erkenntnisstand von heute anzuschauen und dann die Schlussfolgerung daraus zu ziehen, was man nicht mehr machen würde. Würde man heute noch ein kleines Lädeli schliessen? Würde man die Schulen vielleicht gar nicht schliessen? Würde man Zertifikate, die – wie man heute weiss – gar nicht vor einer Übertragung schützen, heute noch einführen? Es gab aber auch andere Massnahmen, mit denen effektiv Leben gerettet werden konnten, vor allem unter der gefährdeten Bevölkerung. Was braucht es an Vorhalte- und Pandemielager?

Seine Aussage ist die: Es handelt sich um einen Bericht mit dem damaligen Datenstand, aber es geht weiter in der Krisenvorbereitung und dem geistigen Bereitsein für die nächste Krise, die garantiert anders aussehen wird.

Es sei an dieser Stelle noch allen gedankt, die in irgendeiner Form mit der Covid-Pandemie im Kanton zu tun hatten, die die Massnahmen teilweise auch erdulden mussten, was letztlich aber auch dazu beigetragen hat, dass der Kanton Baselland relativ gut durch die Krise gekommen ist.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 79:3 Stimmen wird der Schlussbericht des Regierungsrats zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie zur Kenntnis genommen.
